



Jetzt ist die Politik gefragt

Stellen Sie sich das mal vor: Sie bekommen einen Brief von der Schule Ihres Kindes. Darin wird Ihnen mitgeteilt, dass demnächst der Unterricht einfach mal ausfällt. Gibt's nicht? Doch, in Göppingen. Nach den Herbstferien sollen Kinder, die die Bodelschwingh-Schule besuchen, an einem Tag in der Woche zuhause bleiben. Der Grund ist so einfach wie beängstigend: Es gibt keine Lehrkräfte, und ohne die gibt es auch keinen Unterricht. Schulleitung und Schulverwaltung vor Ort sind mit ihren Möglichkeiten am Ende und ziehen die Notbremse. Von „einer dramatischen Situation“ spricht Schulamtsleiter Jörg Hofrichter. In solch einer Situation, wenn die Verwaltung vor Ort mit ihrem Latein am Ende ist, ist die nächsthöhere Ebene gefragt. Und die Politik. Und was ist zu hören aus dem gar nicht weit entfernten Stuttgart? Nichts, Funkstille. Jetzt mal hypothetisch: Was wäre, wenn der Brief nicht von der Bodelschwingh-Schule, also einer Schule für geistig und körperlich behinderte Kinder, sondern vom Hogy oder Freihof-Gymnasium gekommen wäre? Meine Vermutung: Der Aufschrei wäre wahnsinnig viel lauter gewesen, ganz schnell über die Kreisgrenze hinaus bis nach Stuttgart gehört worden. Regierungspräsidium, Ministerium, Landtag, der ganze Apparat wäre in Gang gekommen, hätte Stellungnahmen, Verlautbarungen und auch Schuldzuweisungen ausgespuckt, vielleicht sogar für schnelle Abhilfe gesorgt. Im Fall der Bodelschwingh-Schule gibt es das alles nicht. Bleibt zu hoffen, dass sich das ganz schnell ändert.